

Ein Begriff wird  
zur Narkose-Vokabel

## „Antifaschismus“ – Zum Blendcharakter einer politischen Allzweckwaffe

Manfred Funke

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. April 2000 äußerte der Publizist Fred Bockelmann: „Faschist ist heute nichts anderes als eine billige, in allen möglichen Konflikten gebräuchliche Verunglimpfung, das F-Wort mit acht Buchstaben. Verunglimpfen Sie also zurück oder schweigen Sie.“ Beides verbietet die wehrhafte Demokratie. Zumal in Politik und Wissenschaft als den Ortsbestimmungen, an denen die Kultur der Machtgestaltung Rechenschaft über sich selber ablegt und ihre ethischen Reserven prüft.

Antifaschismus als Begriff bedarf besonderer definitorischer Fürsorge. Denn er bildet zunächst den Imperativ zur Abwehr von rechtsextremen Angriffen auf unsere Verfassungsordnung. Er wird aber zugleich in vermeintlich ebenfalls defensiver Absicht parasitär vom Linksextremismus zur Schwächung bürgerlicher Gesellschaft und zur Beförderung eines diffusen egalitären Humanismus benutzt.

Dieser „Antifaschismus“ aus „kritischem“ linken Milieu ist eine Narkose-Vokabel. Sie soll die historische Tatsache betäuben, dass der Sozialismus der NSDAP den Sozialismus der SPD und der KPD beim Kampf um die Macht 1933 in Deutschland besiegte und sich die Massen mehrheitlich nicht zur Diktatur des Proletariats bekannten. Ihnen schien ein vermeintlich dritter Weg aus nationalistischem Pathos, aus Klassenversöhnung durch Leistung und ein staatskontrolliertes Wirtschafts- und Versorgungssystem attraktiver als die Nachahmung des Ro-

ten Oktobers von 1917. Diese Scham der Niederlage des Sowjetismus wurde ab 1924, das heißt mit dem Triumph Mussolinis, mit der Tolerierungstaktik der SPD 1930–1932 zugunsten Brünnings und Hindenburgs im Polypen-Begriff des „Antifaschismus“ beziehungsweise „Sozialfaschismus“ von der deutschen Linken überkompensiert. Bis heute schnell dieser Begriff als Allzweckwaffe in richtungsloser Beliebigkeit aggressiv gegen alles heraus, was den Verdacht des Faschistoiden zwischen Mitte und Rechts nur annähernd bestätigen könnte. Unterbunden werden soll zugleich ein Systemvergleich zwischen Nationalsozialismus und Italo-Faschismus, weil sich „Faschismus“ als Eintopf-Formel ohne historische und systemübergreifende Substanz erweisen würde.

Denn im Gegensatz zur rassistisch fundierten Weltherrschaft als Zielvorgabe Hitlers wollte Mussolini „nur“ eine kolonial saturierte Großmachtstellung für Italien, dazu das Mittelmeer als *mare nostrum*. Hitlers Macht war zudem absolut, der Duce dagegen blieb Repräsentant eines Duopols aus PNF und Monarchie, in deren Hände der Diktator aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses seines eigenen faschistischen Großen Rates den Oberbefehl über die italienischen Truppen 1943 zurückgeben musste. Der annoncierte antisemitische Terror Roms ab 1938 war vor allem darauf gerichtet, mit der Androhung einer ideologischen Annäherung an das NS-Regime den Westmächten mehr Verständnis für Italiens medi-

terrane Ambitionen abzutrotzen. Aus Moskauer Sicht blieben jedoch Antibolschewismus und Antiliberalismus in Verbindung mit klerikalem Antisowjetismus in ideologischer Absicht hinreichend identitätsstiftend, um die Unterschiede der Herrschaftsziele und der Herrschaftspraxis in Italien und Deutschland bewusst zu vernebeln. Dies zumal, indem auch Japans Expansionismus als Tennofaschismus oder die autoritären Diktaturen Salazars in Portugal oder Francos in Spanien als „faschistisch“ verrahmt wurden.

### Die Linke und der Antifaschismus

Besonders nachhaltig gelang die ideologische Korruption der historischen Fakten in der Herrschaftssprache der DDR. Sie verummte den Nationalsozialismus als Faschismus und fand dafür in der Bundesrepublik beflissene Multiplikatoren. Damit setzt man absichtlich oder aus Unwissen die DDR-Polemik gegen die Bundesrepublik fort, welche für Pluralismus, Soziale Marktwirtschaft und West-Bindung ein faschistisches Unterfutter vom Ostblock zugeschnidert bekam. Heftknöpfe dazu bildeten Amtsträger mit NS-Vergangenheit im Regierungspersonal der Adenauer-Ära. Als einflussreiche Brückenköpfe der antifaschistischen Subversionsstrategie der DDR, die auf eigenstaatliche Abgrenzung und sodann auf ein geeintes sozialistisches Deutschland hinarbeitete, wirkten die systemkritischen „Antifaschisten“ im Westen als gleichsam „nützliche Idioten“ (im Sinne Lenins) aus Gewerkschaften, Kirchen, Sozialdemokratie, Pazifismuszirkel und Studenten zwischen DKP und Autonomen. Hort des „antifaschistischen“ Widerstands und verlängerter Arm für vielfältige DDR-Propaganda und Intervention wurde die KPD. Nach ihrem Verbot 1956 durch das Bundesverfassungsgericht fungierten als deren „Statthalter“ der Bund der Deutschen, die

Deutsche Friedensunion, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes. Die führenden DKP-Funktionäre selbst wechselten in die DDR, wo ab 1957 auch weitere Parteitage der KPD stattfanden. Seit ihrer Neugründung als DKP 1969 infolge entsprechender Ermunterung durch Gustav Heinemann (SPD) und mit hoher Funktionärskontinuität aus der verbotenen KPD wurden die Kommunisten in der Bundesrepublik zum antifaschistischen Stand- und Spielbein der DDR. Die Finanzierung der DKP durch den SED-Staat bis zu dessen Ende 1990 „zielte über den Weg gesamtdeutscher Orientierung auf die Herausbildung einer sozialistischen Nation mittels legaler und illegaler Parteilarbeit im Bereich der BRD“ (Michael Roik).

Hier wurde eine Volksfrontpolitik organisiert, die Oppositionelle, Studenten, Pazifisten, APO-Leute und selbst Terroristen umfasste, die im Flughafen Berlin-Schönefeld ihre internationale Drehscheibe ebenso gestellt bekamen wie später neue Personalpapiere als DDR-Bürger. Das Bestreben, in die Massen hineinzuwirken, selbst mittels Protesten gegen Fahrpreis- oder Mieterhöhung sowie angebliche Unterwanderung der Gymnasien durch den Verfassungsschutz richtete sich auf indirekten Einflussgewinn. Dafür schienen auch Aktionsbündnisse mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und mit dem Marxistischen Studentenbund (MSB Spartacus) geeignet. Mitte der siebziger Jahre gab es in der Bundesrepublik 1420 periodische Schriften, die von orthodox-kommunistischen Gruppen oder ihnen nahe stehenden Organisationen herausgegeben wurden. Diese Publikationen erreichten eine Gesamtauflage von über 41 000 000 Exemplaren pro Jahr. Darunter waren das Zentralorgan *Unsere Zeit* (UZ), das seit 1975 als Tageszeitung erschien mit jährlich 10,5 Millionen Exemplaren, die *Marxistischen Blätter* als „theoretisches“

Organ, zirka 400 Betriebszeitungen und 500 verschiedene Bezirks-, Orts- und Stadtteilzeitungen sowie über 400 Publikationen des SDAJ und des MSB Spartacus.

Am 15. Oktober 1989 genehmigte Erich Honecker handschriftlich den Finanzplan der DKP für 1990. Im Einzelnen waren darin 48 Millionen D-Mark als Finanzmittel für die DKP, Jugendorganisationen und befreundete Organisationen deklariert. 4,9 Millionen D-Mark wurden für Wahlkämpfe und Friedensaktionen bereitgestellt. Aus dem DDR-Fonds des Staatssekretariates für Kommerzielle Koordination sollten 10,3 Millionen D-Mark allein dem DKP-Zentralorgan sowie 1,5 Millionen D-Mark als Druckaufträge aus der DDR der Druckerei Plambeck & Co. in Neuss zugeführt werden.

Mit dem Sturz des SED-Regimes kam auch das Aus für ihre westlichen Vorposten. Die meisten Bezirkssekretariate waren über Nacht ohne Büroräume. Verlage, Buchhandlungen und Druckereien – unter ihnen auch die Druckerei Plambeck & Co. mit 320 Angestellten – mussten Konkurs anmelden, Zeitschriften und Zeitungen ihr Erscheinen einstellen.

Bis dahin wurde der MSB Spartacus nahezu ausschließlich aus SED-Geldern finanziert. Allein 1989 hatte Ost-Berlin den Unterstützungsbetrag auf fünf Millionen D-Mark veranschlagt. Hinzu kamen Gefälligkeitsanzeigen von SED-Parteifirmen in den *Roten Blättern* und anderen MSB-Publikationen, die ausschließlich in der SED-eigenen Druckerei Plambeck in Neuss gedruckt wurden. Bis zu seiner Auflösung im Juni 1990 war der MSB Spartacus der mit Abstand bestfinanzierte Studentenverband der Bundesrepublik Deutschland.

Mehr als eine Milliarde D-Mark flossen im Laufe der Zeit aus SED-Quellen unmittelbar in die Kassen der westdeutschen DKP. Zwischen 1987 und 1989 wurde die DKP jährlich konstant mit

69 366 000 D-Mark von der SED unterstützt.

Zwar war es dem SED-Interventionsapparat auf seinen Hauptagitationsfeldern teils temporär, teils nur in Ansätzen gelungen, nachhaltige Wirkung zu entfalten. Doch blieben über die Katastrophe für Links 1989/1991 hinaus in der neuen, geeinten Bundesrepublik alte Kader sowie Kontaktfelder für die „Antifaschisten“ bestehen. Als neues Gravitationszentrum der linken Systemkritik machte sich die PDS mit ihrer Kommunistischen Plattform erbötig.

Noch am 7. Oktober 1989 hatte Erich Honecker seine DDR als Vorposten des Friedens und des Sozialismus sowie als „antifaschistischen deutschen Staat“ gefeiert. Nach dessen Zerfall agitiert nun die PDS als antifaschistische Partei, die sich zwar vom Rechtsextremismus, aber nicht vom Linksextremismus gemäß unserer Verfassungsvorgabe durch das BVG-Urteil von 1956 absetzt. Im Cottbuser Parteiprogramm ist selbstverständlich vom Nationalsozialismus nur als Faschismus die Rede und vom Abwehrauftrag gegen die „mit der Totalitarismuskeule betriebene Gleichsetzung der DDR mit dem NS-Regime“ sowie gegen „die intolerante Abrechnung mit dem antifaschistischen Erbe der DDR“. „Die Partei des demokratischen Sozialismus“, heißt es im PDS-Programm, „unterstützt alle Anstrengungen zur Herstellung breiter Bündnisse auf allen Ebenen, in denen ohne Führungsanspruch und Ausgrenzung sowohl die Gewerkschaften, die Vertreter der Jugendverbände und Kirchen, der demokratischen Parteien, aller Organisationen und Initiativen ihren Platz finden, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus verpflichtet fühlen.“ Vom Kampf gegen Linksextremismus nirgends ein Wort!

Dies wird medienpolitisch zunehmend verblendet, wie Eckhard Jesse in der *Welt* am 4. Februar 2002 feststellt. Da-

bei zitiert er die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der CDU vom 8. Januar 2002: „Einzelne Vertreter der PDS arbeiteten in Aktionsbündnissen auch mit gewalttätigen Linksextremisten zusammen. Es werden Räumlichkeiten für Treffen oder technisches Gerät zur Verfügung gestellt, Materialkosten von der PDS übernommen und Demonstrationen angemeldet.“ Im jüngsten „Extremismus-Bericht“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern dagegen heißt es lakonisch: „Die Beobachtung der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS wurde eingestellt.“ Offenkundig wird mit zweierlei Maß gemessen. Als linksextremistisch gilt vielfach nur noch eine gewalttätige Variante, als rechtsextremistisch bereits jede Form der „neuen Rechten“. Wer im *Neuen Deutschland* einen Artikel schreibt, kommt „ungeschoren“ davon; wer der *Jungen Freiheit* ein Interview gibt, provoziert eine Kampagne. Die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratisch und extremistisch geschieht laut Jesses Recherchen am linken, nicht am rechten Rand.

Eine weitere Erosion der Abgrenzung zur Inhumanität zeigt sich in der Sprache des „antifaschistischen Milieus“: „brauner Sumpf“, „rechter Bodensatz“, „Abfall“, „brauner Mist“, „brauner Sud“. Die „Rechte“ wird als „Naturkatastrophe“ bezeichnet, ihre Parteigänger gelten als „Scheißhausfliegen“, als „Kampfhunde mit triefenden Lefzen“, als „Giftpilze“ oder „Drachenbrut“. Am 12. Mai 1998 meinte der damalige Innenminister von Niedersachsen, Gerhard Glogowski (später Ministerpräsident als Nachfolger Schröders): „NPD, DVU, Republikaner unterscheide ich nicht. Dies ist für mich alles rechtsradikaler Sumpf. Das hieße: Scheiße nach Geruch zu sortieren.“

Antifaschistische Sprache, die jüngst in seiner Dissertation Claus-M. Wolfschlag systematisch untersucht hat, erscheint als Neuauflage des totalitären Repressions-

jargons politischer Psychiatrie in brauner und roter Diktatur. „Rechte“ werden mit Geisteskranken, Hässlichen, mit Stammisch-Idioten assoziiert. Die Zeitschrift *Konkret* schrieb über die Renegaten der 68er-Bewegung Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Rainer Langhans: „Die sind alle miteinander ballaballa.“ Wer so mit dem politischen Gegner umgeht, verrät die humanitäre Absicht, die seit 1992 die Selbstdarstellung des Antifaschismus als Kampfbund gegen „Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ glaubhaft machen will.

Tatsächlich aber wird die Frage nach der Balance zwischen nationaler Identität und der Offenheit für Andersartiges unterdrückt, indem man den politischen Gegner oder Kritiker durch Vertierungssprache entmenschlicht. Was wäre von den Agenten solcher Sprache zu erwarten, bekämen sie die politische Macht in ihre Hände?

### Antitotalitär versus antifaschistisch

Wer antifaschistisch, aber nicht zugleich antitotalitär ist, das heißt gegen rechts- wie linksextremistische Bestrebungen klar optiert, veruntreut sowohl unser Verfassungsgut wie auch den Verfassungsauftrag. Wer dies umschleiert, betreibt – zumindest in der heute üblichen Rückversicherung des *Mainstream* – verdeckten beziehungsweise offenen Verrat an der wehrhaften Demokratie.

Freilich wird auch derjenige zum Verräter, der die Voraussetzungen aller demokratischen Politikfähigkeit dadurch ramponiert, dass er den Menschen das Vertrauen zu den sittlichen Lebensnormen (Christus, Kant, Sisyphus) ebenso wie das Vertrauen auf die eigene Fähigkeit zur verantworteten Demokratie dadurch nehmen will, dass man die Zukunft als bloße Verlängerung einer Gegenwart gelten lassen will, die auf ewig die Folge einer historischen Katastrophe bleibt. Die Lust an der Last, der man alle Verantwort-

tung zuschreibt, korrumpiert den Begriff des Politischen. Auch der Wille zum Guten ohne Selbstkontrolle durch das Wissen totalitärer Erfahrung verdunkelt die Urteilskraft. Zumal unsere gegenwärtige Staatsführung in der Bildungsarbeit manipulierende Geschichtspolitik finanziert und ohne Reaktion den Vorwurf Arnulf Barings hinnimmt: „Die gegenwärtige Bundesregierung treibt zwischen Scholten wie ein Boot ohne Führung.“ Die offiziöse Begünstigung der Inflationsvokabel „Antifaschismus“ und des antifaschistischen Milieus ist statt Stärkung des antitotalitären Bürgerkonsenses Beleg für die Krise der politischen Kultur unseres Landes, dem die aktiven Verteidiger der Verfassung und des faktenpflichtigen Geschichtsbewusstseins ausgehen. Die ganz persönliche Bürger-Verantwortung für die wehrhafte *res publica* wird anonymisiert und damit für Rechts- wie Links-extreme missbrauchbar.

„Die Linke“, hieß es kürzlich in der *Neuen Zürcher Zeitung*, „hat sich im Laufe der letzten Jahre von vielen Glaubenssätzen getrennt und spürt nun einen heftigen Phantomschmerz. Auch dies erklärt den Eifer im „Kampf gegen Rechts“: Noch einmal kann man den Antifaschismus früherer Tage mobilisieren und vor den Gefahren des Nationalismus warnen. Die Definitionsmacht und eine (mit dem Untergang von Sowjetsystem und DDR, der Verf.) verloren gegangene moralische Gewissheit kehren auf diese Weise zurück; der Kanzler legt fest, was als anständig zu gelten hat.“ Sein Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ kam wie die explosive Entrüstung der Medien ohne Fakten aus. Die vorschnelle falsche Zuordnung des Attentates auf jüdische Emigranten in Düsseldorf, die inszenierte Tragödie von Sebnitz schaukelten sich zu einer Neurose hoch, bei der die Sucht nach Fremdenfeindlichkeit und Rechts-extremismus grenzenlos erscheint und Mitte, Rechte, Neue Rechte, Rechtsex-

treme einfach unter Kontaktschuld gestellt werden, die zur Medienhatz und Abscheu-Bekundung ausreicht.

Eine Nation sieht sich unter Verdacht gestellt, und damit bleibt Antifaschismus erfolgreich auf seinem Weg zum Ziel: Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ramponieren und den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu bereiten. Dabei soll alles an Überzeugten, Fanatikern, Sympathisanten, Mitläufern als breite Systemkritik paradiere und die Frage unterdrücken, was nach dem *Jahrhundert der Extreme* (Eric Hobsbawm) und was denn anstelle des bekämpften Systems treten soll. Diese Frage ist an die Antifaschisten umso nachhaltiger zu richten, als nach den Büchern von François Furet (*Das Ende der Illusion*), Stéphane Courtois (*Schwarzbuch des Kommunismus*) und den Analysen des DDR-Regressionssystems von Ehrhart Neubert, Karl Wilhelm Fricke und Hubertus Knabe die Zurückweisung des Vergleiches roter und brauner Diktatur wohl doch nichts anderes ausweist denn bloße ideologische Verbohrtheit. Mit der Herrschaftspraxis sozialistischen Terrors diskreditierte sich die autonom eingeseigelte „linke“ Humanität durch die Anzahl der Opfer und den Umgang mit Kritikern.

Die „antifaschistische“ Informationspädagogik libertärer Weltverbesserer in so manchen Sendeanstalten und Redaktionsstuben spiegelt heute einen gesinnungssträchtigen Intellektuellen-Autismus, auf den offensiv der Satz Saul Belows anzuwenden ist, wonach selbst höchste Intelligenz in den Dienst der Ignoranz gestellt werden kann, wenn das Bedürfnis nach Illusion nur groß genug ist. Oder wenn sich mit dem Liebesbekenntnis zur ganzen Menschheit die Unfähigkeit maskiert, auch nur einen Menschen lieben zu können und gegen den Andersdenkenden mit Respekt geduldig zu sein.